

Kleine Anfrage 2186

des Abgeordneten Christoph Schulze
der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

Nachtflugverbot 22 bis 6 Uhr am BER durchsetzen

Im Koalitionsvertrag von SPD und LINKE für die 6. Wahlperiode hat auf Seite 16 vertraglich vereinbart, Zitat: „Mehr Nachtruhe zu erreichen, bleibt eine Daueraufgabe. Die Koalition unterstützt nach wie vor dieses Anliegen und wird bei den Forderungen an die Miteigentümer des Flughafens nicht nachlassen. Die Erhebung hoher Nutzungsentgelte für Starts und Landungen in der Zeit zwischen 22 und 6 Uhr stellt eine Möglichkeit dar, Starts und Landungen in diesem Zeitraum wirtschaftlich unattraktiv zu machen. Die Koalition wirkt darauf hin, dass das Umfeld des Flughafens BER zur Modellregion beim Thema Gesamtlärbetrachtung wird.“ Mike Bischoff (SPD) führte in der Landtagssitzung am 24.9.2015 aus Zitat: „ „Sie wissen ganz genau, Kollege Schulze, dass im Koalitionsvertrag von LINKE und SPD - ein Koalitionsvertrag bindet die Regierung eines Landes – zum Thema Nachtruhe steht, dass ganz klar mehr Nachtruhe am BER Ziel der Großen Koalition ist.“

Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung:

1. Welche verfassungsrechtliche Relevanz und Bindungswirkung hat ein Koalitionsvertrag?
2. Das Mitglied des Landtages, Mike Bischoff (SPD) behauptete in der Landtagssitzung am 24.9.2015, dass ein Koalitionsvertrag die Landesregierung bindet im Hinblick auf die Richtlinienkompetenz und Freiheit, daraus ergibt sich die Frage, welche Bindungswirkung hat ein Koalitionsvertrag?
3. Müssen Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt werden?
4. Was passiert, wenn Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag nicht umgesetzt werden?
5. Gibt es ein Klagerecht von Abgeordneten der Koalitionsfraktion, wenn Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag nicht umgesetzt werden?
6. Gibt es ein Klagerecht Dritter, wenn Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag nicht umgesetzt werden?